



03.06.2022

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

in dieser Woche haben wir im Bundestag den Bundeshaushalt für 2022 beschlossen. Insgesamt umfasst der Bundeshaushalt Ausgaben in Höhe von 496 Milliarden Euro - über 50 Milliarden sind davon für Investitionen vorgesehen. Viele Menschen haben aktuell große Sorgen mit Blick in die Zukunft oder wissen nicht genau, ob oder wie viel Geld ihnen am Ende des Monats noch übrig bleibt. Mit den bereits beschlossenen Entlastungen und dem Bundeshaushalt schaffen wir Sicherheit in Zeiten der Krise und handeln geschlossen, um die großen Zukunftsinvestitionen in soziale Sicherheit, Klimaschutz und Digitalisierung anzugehen.

Während von Friedrich Merz wahnwitzige Ideen zur Einführung von neuen Belastungen von Bürgerinnen und Bürgern kamen, hat Bundeskanzler Olaf Scholz am Mittwoch in der Generaldebatte deutlich gemacht, worum es jetzt geht. [\(Hier geht es zu seiner ganzen Rede\)](#)

Trotz Krisen setzen wir unsere sozialen Projekte des Koalitionsvertrages um:

- **Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro** ab dem 01. Oktober sorgen wir für mehr Respekt vor der Arbeit jedes und jeder Einzelnen. Konkret bedeutet das eine Gehaltserhöhung für rund 6 Millionen Menschen im Land. Wer Vollzeit für den Mindestlohn arbeitet erhält bisher 1700 Euro, ab dem 01.10. 2100 Euro brutto. Eine Lohnerhöhung um 22%. Wir lösen damit eine Zusage, ein Versprechen ein: Mehr Respekt für diejenigen, die Tag für Tag dafür sorgen, dass der Laden läuft.
- Alle können sich auf die gesetzliche Rente verlassen. Die Rentengarantie gilt. Zusätzlich haben wir in dieser **Woche die höchste Rentenerhöhung seit 40 Jahren beschlossen**. Im Westen steigen die Renten um rund 5 Prozent, im Osten um gute 6 Prozent an. So sorgen wir dafür, dass alle im Alter in Würde leben können. Wer bereits seit längerer Zeit Erwerbsminderungsrente bezieht, erhält ab Juli 2024 eine deutliche Erhöhung der Rentenzahlungen. Durch diese Anpassungen der Erwerbsminderungsrenten im Bestand werden rund drei Millionen Menschen profitieren.
- In einem der reichsten Industrieländer der Welt darf es nicht sein, dass Kinder in Armut aufwachsen müssen. Alle Kinder müssen die gleichen Chancen haben. Deswegen werden wir mit der **Kindergrundsicherung** Kinder aus dem Sozialleistungsbezug herausnehmen – denn Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Dafür führen wir eine eigenständige Leistung ein, die allen Kindern zu Gute kommt. Denn niemand darf wegen seiner Kinder arm werden.
- Mit der Einführung des Bürgergelds wollen wir dafür sorgen, dass alle Menschen ohne Arbeit wieder eine Perspektive erhalten eigenständig für ihr Einkommen zu sorgen und individuell auf Augenhöhe unterstützt werden. Mit einer sogenannten Teilhabevereinbarung wird von Anfang an gemeinsam mit den



Arbeitssuchenden anhand der persönlichen Stärken und Schwächen vereinbart, welche Schritte unternommen werden, um wieder in Arbeit zu kommen.

Um gut durch die Krise zu kommen brauchen wir einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Stabilität. Das habe ich heute in meiner Rede zum Haushaltsplan Arbeit und Soziales deutlich gemacht. Und auch wenn einige es nicht wahrhaben wollen: Ein sozial-gerechtes und ausgleichendes Klimageld ist Bestandteil unseres Koalitionsvertrags. Deshalb ist es gut und richtig, dass Bundesarbeitsminister Hubertus Heil in dieser Woche den Vorschlag für ein Klimageld für die Einkommensgruppen bis 4000 Euro brutto (Doppelverdiener 8000 Euro) vorgeschlagen hat. Ich bin mir sicher, dass der Bundesfinanzminister hierfür die beschlossene Auszahlungsmöglichkeit über die Steuer-ID ermöglichen wird. Mit einem starken Sozialstaat, der den Menschen den Rücken freihält und das Leben ein wenig leichter macht machen wir unser Land und unsere Demokratie krisenfest. [\(Hier geht es zu meiner ganzen Rede\)](#)

Wir legen den Grundstein für die innere, äußere und soziale Sicherheit. Putins Angriffskrieg auf die Ukraine hat unsere Welt verändert. Und in den letzten Wochen haben aus meiner Sicht auch irritierende Debatten stattgefunden. Zum Beispiel eine Fokussierung darauf, wer genau welches Wort sagt, oder auch nicht. Und was es alles für Waffen gibt. Es ist richtig und wichtig, dass wir die Ukraine unterstützen, sich selbst zu verteidigen. Aber am Ende entscheidet nur die Ukraine selbst über ihre Zukunft. Diskussionen über Kriegsziele stehen allein ihr zu. Wir haben nicht zu definieren, wann die Ukraine diesen Krieg gewonnen oder verloren hat - nur eins ist sicher: **Putin darf ihn nicht gewinnen**. Und wir stehen an der Seite der Ukraine. Und bei aller neuen Euphorie für das Militärische - am Ende muss eine politische Lösung und Perspektive gefunden werden. Alle Aktivitäten die abseits von Waffenlieferungen stattfinden, Gespräche mit Indien und Südafrika, die sich von Russlands Angriffskrieg bisher nicht distanzieren, die große Unterstützung für die baltischen Staaten, alle anderen diplomatischen Bemühungen und alle humanitären und finanziellen Hilfen finden derzeit kaum Aufmerksamkeit in der medialen Berichterstattung. Ich finde da ist etwas aus der Bahn geraten.

Deutschland muss eine neue Verantwortung in Sicherheitsfragen übernehmen. Deshalb ist es auch richtig die Bundeswehr mit einem Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden gut auszurüsten. Trotzdem bin ich sehr irritiert von der neuen Begeisterung für das Militär. Wir müssen uns und unsere Partner verteidigen können. Aber vorher müssen wir alles daran setzen, dass Militär nie zum Einsatz kommt. Wir müssen als starker Partner unsere Rolle in den Bündnissen und Gemeinschaften der EU und NATO ausüben. Dennoch müssen wir auch darauf achten, dass wir zu aller erst die Diplomatie und Prävention bemühen, um Konflikte und Krisen zu entschärfen. Für uns ist klar: Wir brauchen eine Welt der internationalen Solidarität, in der nicht länger das Recht des Stärkeren herrscht und mit militärischer Macht durchgesetzt wird. Sondern wieder die Macht des internationalen Rechts. [\(Mehr Infos zum Sondervermögen gibt es im Podcast der SPD-Bundestagsfraktion mit meiner Kollegin Siemtje Möller\)](#)

Zudem führen wir mit dem Haushalt wichtige Förderprogramme weiter. Über 659 Millionen Euro stellen wir für den Bau und die Sanierung von Kulturmaßnahmen bereit, mit 73 Millionen Euro fördern wir Denkmalschutz-Projekte und mit 476 Millionen Euro fördern wir die Sanierung von kommunalen Einrichtungen, wie beispielsweise Sportstätten oder Schwimmbäder. Dadurch können vor allem energetische Sanierungen umgesetzt werden, die die Kommunen dauerhaft bei den Energiekosten entlasten. Um Kulturschaffende nach der Pandemie zu unterstützen, führen wir das Sonderprogramm NEUSTART KULTUR fort. Wir investieren in die Mobilität. Alleine mit 400 Millionen stärken wir den Schienenausbau und damit einhergehend den klimafreundlichen Verkehr. Wir tun alles dafür, um bestmögliche Sicherheit zu gewährleisten. Unsere oberste Prämisse dabei ist: Trotz Krisen darf der Sozialstaat nicht auf der Strecke bleiben, sondern muss allen Bürgerinnen und Bürgern zur Seite stehen. Unsere Kernprojekte müssen umgesetzt werden. [\(Mehr zum Haushalt gibt es hier\)](#)

Zum Abschluss noch ein kleiner Hinweis: Das Regionalmanagement Mittelhessen ist mit ihrem Netzwerk für den „New Work“ Award nominiert. Wie kann man helfen, damit sie gewinnen? Worum geht es dabei genau? [Alle Antworten gibt es hier im Video!](#)

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt